

ANMELDUNG:

Für die 20. Antifaschistische Sozialkonferenz am Freitag, 3. Februar im Freizeitheim Linden und am Samstag 4. Februar 2017 im Pavillon bitten wir um verbindliche

Anmeldung bis zum 20. Januar 2017.

Per Mail an: hannover@arbeitundleben-nds.de

Per Telefon 0511.12105-0, per Fax 0511.12105-30

Anmeldung über Internet: www.arbeitundleben-nds.de

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.

Am Samstag wird ein Mittagsimbiss gereicht.

WIR LADEN EIN:

Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen-Mitte

Bildungswerk ver.di Niedersachsen

Geschichtswerkstatt Hannover e. V.

DGB Region Niedersachsen – Mitte

DGB Jugend Hannover

GEW Kreisverband Hannover

IG Metall Hannover

Pavillon Kulturzentrum, Hannover

Projekt moderner Sozialismus Hannover e.V

Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.

ver.di Bezirk Hannover/Leine-Weser

ver.di Jugend, Bezirk Hannover/Leine-Weser

VVN Bund der AntifaschistInnen Hannover



20. Antifaschistische Sozialkonferenz
4. Februar 2017 | 10.30 Uhr – 16.00 Uhr

Pavillon Kulturzentrum
Lister Meile 4, 30167 Hannover



Rosa Luxemburg
Stiftung Niedersachsen e.V.



ACHTUNG

auch Freitag, 3. Februar 2017, 18.00 Uhr
Freizeitheim Linden, Raum 9, Windheimstr. 4, 30451 Hannover

»Reichenförderung statt Armutsbekämpfung.
Informationen zum »marktförmigen Extremismus« der AfD«
Referent: Ralf Beduhn, Kommission Courage gegen rechts

»Gekommen um zu bleiben? – Rechtspopulistische Realität als Herausforderung im Alltag«

20. Antifaschistische Sozialkonferenz

4. Februar 2016, 10.30 Uhr – 16.00 Uhr

Pavillon Hannover, Lister Meile 4, 30161 Hannover

ACHTUNG auch Freitag, 03.02.2017, 18:00 Uhr

Freizeitheim Linden, Raum 9, Windheimstraße 4, 30451 Hannover,
**Reichenförderung statt Armutsbekämpfung. Informationen
zum »marktförmigen Extremismus« der AfD«**

Eingebettet im Aufwind von sogenannten rechtspopulistischen Parteien im europäischen Raum scheint 2016 auch in Deutschland ein Erfolgswort für rechtsextremistische Organisationen und rechtspopulistische Parteien gewesen zu sein. Die AfD konnte beispielsweise in zahlreiche Kommunal- und Landesparlamente einziehen und setzt für 2017 an zum Sprung in den Bundestag.

Anscheinend setzt sich der Kreis der Unterstützenden aus nahezu allen Bereichen der Gesellschaft zusammen, trotz der Rechtsentwicklung der Partei: Offen auftretende Neonazis, Angehörige der diversen rassistischen »Pegida«-Strukturen, Polizeiangehörige und auch Gewerkschaftsmitglieder.

Der Aufstieg des sogenannten Rechtspopulismus kommt nicht von ungefähr, sondern ist eingebettet in seit langem existierenden Rassismus und Faschismus in der Gesellschaft und wurde gefördert durch jahrelange unsoziale Politik aller Regierungen der letzten Zeit – in Deutschland und in der EU. Die vermeintliche politische Mitte hat unisono mit Einführung der Agenda 2010, der immer weiteren Aushöhlung von demokratischen Rechten, insbesondere auch das Asylrecht, der Umverteilung von oben nach unten, Umverteilung von Sozialem und Bildung in Richtung Innere Sicherheit und Militarisation dazu beigetragen, dass viele Menschen die Lösung vieler Probleme nicht mehr durch die Parteien gewährleistet sehen, die diese Probleme mit verursacht haben.

- Warum aber Menschen einer Partei ihre Stimmen geben, die objektiv die genannten Probleme nicht lösen, sondern auf Kosten von immer mehr marginalisierten Menschen verschärfen will, ist eine Frage, der wir uns auf dieser Konferenz stellen wollen.
- Eine andere Frage ist, wie gegen diese Form der Rechtsentwicklung auf der Straße im Parlament und im Betrieb vorgegangen werden kann?
- Und weiter, warum bei einzelnen Wahlen bis zu 30% Gewerkschaftsmitglieder dieser unsozialen und antisozialen Partei ihre Stimme gegeben haben und wie wir uns in den Betrieben zu dieser Entwicklung und zu den betroffenen Kolleg_innen positionieren können?

»Demagogie bekämpfen! Asylrecht verteidigen! Geflüchtete unterstützen!«

Aus Anlass des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27.1.1945 durch Einheiten der Roten Armee und der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten am 30.1.1933 wird jährlich in Hannover die Antifaschistische Sozialkonferenz durchgeführt.



Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistiche, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

PROGRAMM FREITAG, 3. FEBRUAR 2017

FREIZEITHEIM LINDEN

»Reichenförderung statt Armutsbekämpfung.

Informationen zum »marktförmigen Extremismus« der AfD.«

Ralf Beduhn

Kommission Courage gegen rechts

PROGRAMM SAMSTAG, 4. FEBRUAR 2017

PAVILLON KULTURZENTRUM

VORTRÄGE UND DISKUSSION:

»Stand und Position der AfD und anderer rechten Parteien in
Niedersachsen. Vernetzung in die Naziszene.«

Julian Feldmann

freier Journalist, Schwerpunkte Rechtsextremismus und Islamismus

»Aus den Wahlen etwas gelernt? Nötige Erkenntnisse
für politisches Handeln für die Bundestagswahl 2017 im
Umgang der bürgerlichen Parteien und Medien mit AfD
und anderen rechten Parteien.«

Kerstin Köditz

MdL, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE,
im sächsischen Landtag

ARBEITSGRUPPE 1

Rechte Parteien im Parlament sind seit den letzten Wahlen kein Sonderfall mehr. Wie kann mit rechten Fraktionen umgegangen werden, egal ob Stadtrat oder Landrat? Unsere Referentin berichtet von Erfahrungen und wird mit uns Möglichkeiten des parlamentarischen Widerstandes diskutieren.

Henriette Quade

MdL, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Landtag
Sachsen-Anhalt

ARBEITSGRUPPE 2

Rassistische Hetze wird zunehmend zur Alltagserfahrung. Der Umgang damit ist es jedoch für viele Menschen nicht. Worum kann es bei möglichen Auseinandersetzungen gehen? Gibt es für jede Phrase eine passende Antwort, die es einfach zu platzieren gilt?

Samuel Signer

Netzwerk Demokratie und Courage e.V.

ARBEITSGRUPPE 3

Was sind Möglichkeiten und Grenzen örtlichen und betrieblichen gewerkschaftlichen Handelns gegen Rechtspopulismus? Vor Rassismus und andere Formen von Diskriminierung sind offenkundig auch Mitglieder grundlegend solidarischer Organisationen wie den Gewerkschaften nicht gefeit. Wie kann mit diesem Widerspruch in der Gewerkschaft und im Betrieb umgegangen werden?

Ingo Arlt

IG Metall Hannover

Nicola Lopopolo

Betriebsrat Renk Hannover

Jens Schäfer

Betriebsrat Wabco Hannover